

1 Künstliche Intelligenz (KI) in der Kommunalverwaltung

2 Die Bundesvertreterversammlung möge beschließen:

3 Die Bundesvertreterversammlung nimmt das Positionspapier der AG Digitalisierung (Au-
4 tor: Franz-Reinhard Habel) zustimmend zur Kenntnis und ermuntert die kommunalen
5 Amts- und Mandatsträger sich mit dem Einsatz von KI auseinanderzusetzen und die neu-
6 en Chancen für ihre Gebietskörperschaft zu ergreifen.

7 1 Ausgangslage

8 KI-Projekte in den Kommunen werden in den nächsten Jahren deutlich zunehmen. Grund
9 genug, sich bereits jetzt darauf vorzubereiten. Die Kommunalpolitische Vereinigung will
10 Motivator sein und die Chancen in den Mittelpunkt stellen, ohne dabei die Risiken aus
11 den Augen zu verlieren. Die Anwendung von Künstlicher Intelligenz (KI) hat das Potenzi-
12 al, die Verwaltung grundlegend zu verändern, was Aufbau und Ablauf sowie ihre Aufga-
13 ben betrifft. Die Erwartungshaltungen sind hoch, das gilt auch für die Kompensation des
14 Fachkräftemangels. Während die Industrie bereits länger mit KI vertraut ist, befinden
15 sich die öffentlichen Verwaltungen noch am Anfang des datenbasierten Arbeitens. Aktu-
16 ell steht hier weiterhin das Thema E-Government und damit die Digitalisierung der Ver-
17 waltungsprozesse im Vordergrund. Die Digitalisierung der Verwaltungsprozesse und die
18 Verfügbarkeit von Daten sind eine Grundvoraussetzung für den Einsatz von KI. Es be-
19 steht ein hoher Handlungsbedarf in Bezug auf Datenmanagement und IT- Kompetenzen
20 in der öffentlichen Verwaltung. Die Einführung der elektronischen Akte in den Verwal-
21 tungen, die Verknüpfung der Anforderungen aus dem OZG mit der internen Modernisie-
22 rung von Prozessen ist Grundvoraussetzung für den künftigen Einsatz von KI. Dies ent-
23 spricht auch den Erwartungen einer neuen Generation von Mitarbeiterinnen und Mitar-
24 beitern in den Kommunalverwaltungen. Damit diese sich entfalten können braucht es ein
25 Changemanagement, das die Transformation ganzheitlich betrachtet. Der Einsatz von KI
26 ist eine große Chance für neue Formen der kommunalen Daseinsvorsorge und damit für
27 mehr Demokratie und bürgerschaftlichem Engagement. Nach dem jüngsten eGovern-
28 ment Monitor 2023 wäre die Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger unter bestimmten
29 Voraussetzungen mit dem Einsatz von KI in der Verwaltung einverstanden, nur 21 Pro-
30 zent sind prinzipiell dagegen. Am wichtigsten ist ihnen, dass grundsätzliche Entschei-
31 dungen weiterhin von Menschen getroffen werden. 56 Prozent der Menschen in
32 Deutschland vermuten, dass sich die Bearbeitungszeit durch den Einsatz von KI verkür-
33 zen wird. 50 Prozent können sich vorstellen, in Zukunft über Chatbots mit der öffentli-
34 chen Verwaltung zu kommunizieren.

35 Kommunen verfügen über umfangreiche Datenbestände, die jedoch größtenteils analog
36 statt digital vorliegen. Eine digitale Infrastruktur und ein umfassendes Datenmanage-
37 ment sind notwendig, um das Potenzial von KI in der Verwaltung nutzen zu können. Die
38 Verknüpfung bereits vorhandener digitaler Register aus den verschiedensten Verwal-
39 tungsebenen zählt zu den großen Herausforderungen, die jetzt schnell angegangen wer-
40 den müssen. Technische und rechtliche Herausforderungen müssen überwunden werden,
41 um die Datenbestände für KI-Anwendungen effizient zu verwenden. Die Entwicklung
42 kommunaler Datenplattformen ermöglicht es, Datensilos aufzubrechen, ihre Bestände zu
43 defragmentieren und eine KI- unterstützte datenbasierte Verwaltung umzusetzen. Durch

44 die Analyse großer Datenmengen können aktuelle Herausforderungen wie Energieopti-
45 mierung, öffentliche Sicherheit und Mobilitätsplanung effektiver bewältigt werden.

46 Erst wenige Kommunen haben Erfahrungen mit dem Einsatz von KI. Einige von ihnen sind
47 mit dem KI-Tool ChatGPT in den vergangenen Monaten in Berührung gekommen. Es
48 handelt sich hierbei um eine generative KI, die nichts anderes macht, als Wortwahr-
49 scheinlichkeiten zu berechnen und dabei sehr erfolgreich ist. Das System kann Assistenz-
50 aufgaben übernehmen, zum Beispiel aus hunderten von Dokumenten Zusammenfassun-
51 gen schreiben. Allerdings gibt es bisher noch keinerlei Garantie für die inhaltliche Konsis-
52 tenz und Richtigkeit der Antworten. Mit jeder neuen Version werden sich die Ergebnisse
53 verbessern. Viele repetitive Aufgaben können automatisch ablaufen.

54 ChatGPT steht in diesem Papier stellvertretend für weitere KI-Tools wie Bing oder Bard.
55 Mit diesem Tool sollen insbesondere die Funktionalitäten der KI vorgestellt werden. Die
56 (fehlende) DSGVO-tauglichkeit ist allerdings noch eine Herausforderung. Auch hier gibt es
57 erste Ansätze, zum Beispiel eigene Datenräume zu schaffen, die von weltweit zugängli-
58 chen Daten entkoppelt sind. Das in Baden-Württemberg ansässige Unternehmen Aleph
59 alpha arbeitet mit dem Land Baden-Württemberg, was den Einsatz von KI in der Ministe-
60 rialverwaltung betrifft, eng zusammen. Mit dem Verfahren F 13 können zum Beispiel au-
61 tomatisiert Kabinettsvorlagen erstellt werden. Die KI referenziert ausschließlich auf ei-
62 nen abgeschlossenen Datenraum der Landesverwaltung. Der Freistaat Sachsen wird das
63 System vom Land Baden-Württemberg übernehmen. Die Erstellung einer eigenen Ver-
64 waltung-KI mit eigenen Daten ist allerdings sehr aufwendig und benötigt starke Rechen-
65 zentrumsleistungen. Das in der Staatskanzlei Baden-Württemberg angesiedelte Inno-
66 Lab_Bw enthält inzwischen vermehrt Anfragen von Kommunen, F 13 auch ihnen verfüg-
67 bar zu machen.

68 KI kann Mitarbeitende von wiederkehrenden, monotonen Aufgaben entlasten. Tausende
69 von Daten- und Metadatenbeständen, z. B. in Excel-Tabellen, lassen sich in Sekunden auf
70 spezifische Muster durchsuchen. Mitarbeitende haben somit mehr Zeit für die Prüfung,
71 Entscheidung und Beratung. Bürgeranliegen können beschleunigt werden, wenn die KI
72 bereits vor dem Termin die Vollständigkeit der Unterlagen automatisch prüft und auf
73 fehlende Dokumente hinweist. Vorgängen, die kein Ermessen der Verwaltung benötigen,
74 werden automatisch bearbeitet. Zum Beispiel die Berechnung von Müllgebühren, Aus-
75 stellung von Parkausweisen etc. Aber auch klare Arbeitsaufträge an ChatGPT sind mög-
76 lich: „Erstelle ein Datenmodell für ein kommunales Baumkataster, das auch den Baumzu-
77 stand und die Baumpflege erfasst“. KI kann eingesetzt werden zur besseren Auslastung
78 der Infrastruktur durch die Einbeziehung von unterschiedlichen Echtzeitdaten (Großver-
79 anstaltung, ÖPNV, Ferienzeiten, Wetter, Verkehrszählungen etc.).

80 KI-Systeme können Fehler erkennen und somit die Qualität von Entscheidungen verbes-
81 sern. Auch die Robotic Process Automation (RPA) bietet Möglichkeiten, Effizienz-
82 Ressourcen zu heben und Sachbearbeitungen um repetitive Tätigkeiten und Routinen zu
83 entlasten. Sie ist eine niedrighschwellige Einsatzmöglichkeit für Algorithmen und in der
84 Folge für KI. Für die Bürger steigt der Nutzen durch computergestützte Überbrückung
85 von Schnittstellen im Verfahrensablauf und führt somit zu schnelleren Prozessen. Der
86 bestehende rechtliche Rahmen erlaubt für Verwaltungen derzeit Anwendungsmöglich-
87 keiten die im Einklang mit dem § 35a VwVfG stehen. Danach kann ein Verwaltungsakt
88 vollständig durch automatische Einrichtungen erlassen werden, sofern dies durch
89 Rechtsvorschrift zugelassen ist und kein Ermessen oder Beurteilungsspielraum besteht.

90 Auf europäischer Ebene definiert der Entwurf des EU AI Act vier Risikoklassen für KI-
91 Anwendungen. Die Risikoklassen 1 und 2 stellen ein „minimales“ bzw. „geringes Risiko“

92 dar. Anwendungen dieser Kategorien lassen sich in Verwaltungen am ehesten umsetzen.
93 Die Chancen für Kommunalverwaltungen liegen in der Beschleunigung von Genehmigungs-
94 verfahren und der Optimierung von Verwaltungsprozessen. Derzeit ist noch unklar,
95 in welcher Risikoklasse Verwaltungsleistungen eingestuft werden. Experten gehen davon
96 aus, dass diese vermutlich der Klasse 4 und damit der Stufe mit den höchsten Anforderun-
97 gen zugeordnet werden.

98 **2 Paradigmenwechsel in der Verwaltung**

99 Die technischen Fortschritte im Bereich Künstlicher Intelligenz und algorithmischer Sys-
100 teme haben in den letzten zwei Jahren einen signifikanten Aufschwung erlebt. Während
101 die Industrie bereits seit längerem damit vertraut ist, begegnen Menschen im Alltag na-
102 hezu täglich Algorithmen, die Entscheidungen für sie oder zumindest eine Vorauswahl
103 treffen. Sei es die Timeline in sozialen Medien, die Navigationsfunktion im Auto oder die
104 Kaufempfehlungen von Online-Handelsplattformen oder bei der Auswahl von Filmen und
105 Musik bei Streamingdiensten.

106 Um KI auch in der Verwaltung zu nutzen, müssen Datenbestände digital existieren und
107 zugänglich sein. Soweit Daten digital vorhanden sind, werden diese bisher kaum für eine
108 umfassende datenbasierte Kommunalverwaltung genutzt, sondern fristen als vorherr-
109 schend fragmentierte Daten ihr Dasein. Es fehlt bisher auch an grundlegenden Lösungen
110 für ein übergreifendes Datenmanagement im Einklang mit der DSGVO, um das Potenzial
111 dieser Datensilos für die Arbeit der Verwaltung und damit für das Gemeinwohl zu nut-
112 zen.

113 Es mangelt an einer Governance, die dezentrale Datenmanagementstrukturen ermög-
114 licht, in technischer wie auch datenschutzrechtlicher Hinsicht. Ein tiefgreifender Kultur-
115 und Organisationswandel ist notwendig, um mit Daten strategisch zu arbeiten. Damit
116 einhergehend sind eine verstetigte Qualifizierungsoffensive und der Aufbau von IT-
117 Kompetenzen in der allgemeinen Verwaltung nötig.

118 Die aktuelle Entwicklung hin zu städtischen Urbanen Datenplattformen stellt einen be-
119 deutenden Fortschritt dar, um Datensilos aufzubrechen und eine KI-unterstützte daten-
120 basierte Kommunalverwaltung zu ermöglichen. Diese Plattformen fungieren als zentrale
121 Datenhubs, die es verschiedenen kommunalen Akteuren ermöglichen, ihre Daten effi-
122 zient zu teilen, zu integrieren und zu analysieren. Durch die Zusammenführung von In-
123 formationen aus verschiedenen Bereichen wie Verkehr, Energie, Umwelt und soziale In-
124 dikatoren entstehen umfassende Datensätze, die ein ganzheitliches Bild der Kommune
125 ermöglichen.

126 Durch den Einsatz von KI können diese Datenplattformen die Verwaltung dabei unter-
127 stützen, datenbasierte Entscheidungen zu treffen und effektive Strategien zur Bewälti-
128 gung kommunaler Herausforderungen zu entwickeln. Die Analyse großer Datenmengen
129 ermöglicht beispielsweise die Identifizierung von Mustern und Trends, die zu einer effizi-
130 enteren Verkehrsplanung, Energieoptimierung oder Verbesserung der öffentlichen Si-
131 cherheit führen können.

132 **3 Anwendungsmöglichkeiten in der Verwaltung**

133 In Verwaltungen, wie beispielsweise im Kreis Regensburg, werden Chatbots seit der
134 Corona-Pandemie verstärkt zur Kommunikation mit Bürgerinnen und Bürger eingesetzt.
135 Die Qualität eines Chatbots zeichnet sich dadurch aus, wie gut er die Absicht der Fragen
136 aus der Eingabe ableiten kann. Das System muss aus unterschiedlichsten Eingabevarian-
137 ten, seien es grammatikalisch falsche Formulierungen, Umgangssprache oder falsche

138 Fachbegriffe die eigentliche Intention der fragenden Person erkennen. Sinnvoll ist der
139 Einsatz in den Bereichen, in denen viele Fragen zum gleichen Thema erfolgen. Beispiel-
140 haft kann die KFZ-Zulassung, Abfallwirtschaft, Beantragung von Ausweisen, Soziale Hil-
141 fen oder die Information zu geänderten Öffnungszeiten genannt werden.

142 In Darmstadt gibt es eine digitale Ampelschaltung, die mit KI jegliche Bewegungen auf
143 der Kreuzung auswertet und miteinander abgleicht, um so zu einer effizienten Steuerung
144 des Verkehrsflusses zu kommen. In Soest und 30 weiteren Städten werden Straßenschä-
145 den mit einem Smartphone, angebracht an kommunalen Fahrzeugen des Bauhofes, wäh-
146 rend normaler Routinefahrten per Video aufgezeichnet. Anschließend werden sie mit
147 einer KI ausgewertet und priorisiert, wo zuerst welche Reparaturen erfolgen sollten.

148 Im Kreis Steinfurt werden Kindergartenplätze per Algorithmus vergeben. Dazu wurde ein
149 Kriterienkatalog erstellt. Die Erziehenden wiederum hinterlegen, welche Kita sie sich für
150 ihr Kind wünschen. Der Algorithmus gleicht diese Informationen ab und errechnet für
151 jede Kita, in welcher Reihenfolge eine Platzzusage erteilt werden sollte. Kita-Leitungen
152 können von den Empfehlungen der Software abweichen und Ausnahmen vornehmen –
153 zum Beispiel, um zu garantieren, dass Geschwisterkinder in derselben Kita untergebracht
154 werden.

155 In der Stadt Essen werden mit Hilfe von Künstlicher Intelligenz Bodenschäden erkannt
156 und behoben, bevor sie an die Oberfläche treten (LIDAR und Bodenradar).

157 Im Landkreis Fürth läuft die Bestellung von Müllgefäßen komplett automatisch ab, nur
158 eine Person liefert noch physisch die bestellte Tonne aus.

159 In Wiesbaden werden Schwimmbäder mittels KI überwacht und bei Auffälligkeiten im
160 Wasser Alarmsignale an die Aufsicht gesendet.

161 **4 Chancen der KI für Kommunalpolitik und -verwaltung**

162 Für Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker bietet der Nutzen von Künstlicher
163 Intelligenz und Systemen wie ChatGPT vielfältige Möglichkeiten der Arbeitsunterstüt-
164 zung. Es können umfangreiche Datenbanken, Websites, Artikel und andere Informatio-
165 nen mit geringem Zeitaufwand durchsucht werden. Der Aufbau und die Formulierung
166 von Anträgen im Rahmen der Gremienarbeit kann durch den Einsatz von generativen
167 Sprachsystemen unterstützt werden. Es ist jedoch wichtig zu beachten, dass KI-Systeme
168 wie ChatGPT Unterstützungstools sind und nicht den menschlichen Aspekt der politi-
169 schen Arbeit ersetzen können. Fachexpertise, Erfahrungen und das eigene Urteilsvermö-
170 gen können nicht durch Assistenzsysteme ersetzt werden. Es sind Hilfsmittel, um den
171 ehrenamtlichen politischen Alltag in einigen Bereichen einfacher und effizienter zu ge-
172 gestalten.

173 Systeme der KI eröffnen der deutschen Verwaltung und den Behörden vielfältige Chan-
174 cen, um Effizienz des Verwaltungshandelns zu steigern. Durch den Einsatz von KI-
175 Technologien können Genehmigungsverfahren beschleunigt und Verwaltungsprozesse
176 optimiert werden. Die Potenziale der KI liegen auch in der Datenanalyse und -vorhersage
177 für bessere Entscheidungsfindung und in der Verbesserung des Services für die Bürger-
178 schaft sowie der Kommunikation.

179 KI wird nur dann ihre Möglichkeiten ausschöpfen können, wenn genügend Datenbestän-
180 de zur Verfügung stehen. Datensilos müssen überwunden werden. Die Modernisierung
181 der Register einschließlich des Datenschutzes ist die Voraussetzung, ganzheitlich mit
182 Daten arbeiten zu können. Darüber hinaus sollte jede Kommune über einen Datenatlas
183 verfügen, in dem die Existenz, Zugänglichkeit und Verknüpfung beschrieben ist.

184 Die Effizienz und Produktivität der Verwaltung können so erheblich gesteigert werden.
185 Die Effizienz kann aber auch an anderer Stelle durch KI-Unterstützung verbessert wer-
186 den. Genehmigungsverfahren in der Verwaltung sind oft mit langen Wartezeiten verbun-
187 den, was sowohl für Unternehmen als auch für Bürgerinnen und Bürger frustrierend sein
188 kann. KI-Systeme können dabei helfen, diesen Prozess zu beschleunigen, indem sie au-
189 tomatisiert Dokumente prüfen, relevante Informationen extrahieren und Entscheidungs-
190 vorschläge generieren. Dies ermöglicht eine schnellere Bearbeitung von Anträgen und
191 eine Reduzierung der Durchlaufzeiten. Gleichzeitig kann die Fehlerquote minimiert wer-
192 den, da KI-Systeme präzise und konsistente Ergebnisse liefern.

193 Der Einsatz von KI wird sich zunächst auf wiederkehrende und in großer Anzahl anfallen-
194 de administrative Aufgaben konzentrieren. Mitarbeitende werden von repetitiven Auf-
195 gaben wie zum Beispiel der Vollständigkeitsprüfung von Anträgen entlastet. KI wird auch
196 die Infrastruktur, zum Beispiel den Einsatz von Baufahrzeugen oder die Aufsicht in Frei-
197 oder Hallenbädern, weiter verbessern. Gleiches gilt für den Einsatz von Stadtbussen. Ein
198 Teil des zu erwartenden dramatischen Fachkräftemangels wird durch den Einsatz von KI
199 abgefangen werden können. In Zukunft wird die Arbeit von qualifizierten Fachkräften
200 durch KI-Systeme unterstützt – nicht ersetzt. Entscheiden wird am Ende des Vorgangs
201 ein Mensch – jedoch kann die Entscheidungsvorbereitung durch Technik unterstützt
202 werden.

203 Der Einsatz von KI beschleunigt Verwaltungsvorgänge und spart damit den Bürgerinnen
204 und Bürger Zeit bei ihren Verwaltungsangelegenheiten. Bei Vorgängen ohne Ermessens-
205 entscheidung können im Rahmen der „Dunkelverarbeitung“ Vorgänge, wie zum Beispiel
206 die Bereitstellung von Parkausweisen oder von Müllgefäßen, komplett automatisiert ab-
207 laufen. Das bedeutet, dass u. a. das E-Paymentverfahren, die Rechnungstellung und wei-
208 tere Buchungsvorgänge in Registern etc. automatisch angestoßen werden. Lediglich die
209 Mülltonne muss noch physisch durch Mitarbeitende des Bauhofes ausgeliefert werden.

210 Der Einsatz von KI erfordert neue Qualifikationsanforderungen für die Mitarbeitenden.
211 Sie müssen in der Lage sein, mit den Technologien umzugehen, Daten zu analysieren und
212 KI-gestützte Systeme zu überwachen. Damit sind Chancen verbunden die Verwaltung zu
213 modernisieren. Eine gezielte Weiterbildung und Umschulung der Beschäftigten sind
214 notwendig, um sicherzustellen, dass sie den Anforderungen gerecht werden und ihre Rol-
215 le in einer zunehmend digitalisierten Verwaltung erfolgreich ausfüllen können.

216 **5 Risiken der KI für die Verwaltung**

217 Es besteht eine enorme Chance, dass KI sich in eine positive Richtung entwickelt und
218 Menschen dazu befähigt, größere Fortschritte zu erzielen und die Herausforderungen
219 unserer modernen Gesellschaft zu bewältigen. Dennoch besteht die Gefahr, dass KI über
220 die Grenzen des Vernünftigen hinaus agiert. Ein solches Vorgehen würde die „Nutzen-
221 den“ dazu veranlassen, Innovationen in Frage zu stellen, zu verzögern oder sogar ganz
222 aufzugeben.

223 Der Einzug technischer Innovationen vom Ausmaß der KI stellt traditionelle Verwal-
224 tungsabläufe und exakte Abgrenzung von einzelnen Tätigkeiten in der Linienorganisation
225 in Frage. Das kann aber auch eine Chance zur notwendigen Modernisierung sein.

226 Der Einsatz von KI in der öffentlichen Verwaltung kann zu ungewollten Verzerrungen
227 (Bias) und Diskriminierungen in Entscheidungen und Prozessen führen, insbesondere
228 wenn die zugrunde liegenden Daten unvollständig oder voreingenommen sind. Diese
229 Verzerrungen können sich negativ auf bestimmte Gruppen von Bürgerinnen und Bürger
230 auswirken und die Prinzipien der Gleichbehandlung und Gerechtigkeit beeinträchtigen.

231 Daher ist es von großer Bedeutung, bei der Entwicklung und Anwendung von KI-
232 Systemen Maßnahmen zu ergreifen, um solche Verzerrungen zu identifizieren, zu mini-
233 mieren und aktiv für eine faire und gleichberechtigte Behandlung aller Betroffenen zu
234 sorgen. Dies erfordert eine sorgfältige Überprüfung der Datenqualität sowie die Imple-
235 mentierung von Mechanismen zur Überwachung und Kontrolle von KI-Entscheidungen,
236 um Diskriminierungen zu vermeiden. Bund und Länder müssen dafür sorgen, dass eine
237 datenschutzkonforme Anwendung auf kommunaler Ebene möglich wird.

238 Obwohl die Chancen von KI in der Verwaltung vielversprechend sind, gibt es auch Her-
239 ausforderungen und Bedenken, die beachtet werden müssen. Datenschutz und der ver-
240 antwortungsvolle Umgang mit sensiblen Daten sind von größter Bedeutung. Transparenz
241 und Erklärbarkeit der Entscheidungen von KI-Systemen sind entscheidende Faktoren, um
242 das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger zu gewinnen. Es ist wichtig, dass KI-Systeme
243 als Unterstützungsinstrumente für die Verwaltung fungieren und die finale Entschei-
244 dungsgewalt beim Menschen liegt.

245 Um Transparenz und Verantwortlichkeiten herzustellen ist es von großer Bedeutung,
246 dass die Funktionsweise und die Entscheidungslogik der eingesetzten KI-Systeme trans-
247 parent gemacht werden. Dies ermöglicht nachzuvollziehen, wie Entscheidungen getrof-
248 fen wurden, und schafft Vertrauen in die Technologie. Darüber hinaus müssen klare Ver-
249 antwortlichkeiten definiert werden, um sicherzustellen, dass bei Fehlfunktionen oder
250 unerwünschten Folgen der KI-Systeme angemessene Maßnahmen ergriffen werden kön-
251 nen. Es muss klar sein, wer für die Aufsicht und Kontrolle der KI-Systeme verantwortlich
252 ist und wer im Falle von Beschwerden oder Problemen ansprechbar ist. Die Schaffung von
253 Transparenz und klaren Verantwortlichkeiten erfordert eine enge Zusammenarbeit zwi-
254 schen der Verwaltung, Expertinnen und Experten für künstliche Intelligenz und anderen
255 relevanten Beteiligten. Gemeinsam müssen klare Richtlinien und Standards entwickelt
256 werden, um sicherzustellen, dass der Einsatz von KI in der Verwaltung ethisch und ver-
257 antwortungsvoll erfolgt.

258 **6 Forderungen an Bund, Länder und Kommunen**

259 Ziel sollte es sein, die KI als neues Instrument zur automatisierten Bearbeitung von Ver-
260 waltungsvorgängen und zur Förderung des Gemeinwohls in Kommunen einzusetzen. Für
261 die Kommunen bedeutet dies sich auch um Einsatzmöglichkeiten der KI zu kümmern, die
262 die digitale Daseinsvorsorge im Fokus hat. Dazu zählen beispielsweise Verkehrsmanage-
263 ment, Klima, Umwelt und Stadtentwicklung. Die Möglichkeiten der KI werden erst dann
264 umfassend wirksam werden können, wenn mit der Einführung prozessuale Abläufe neu
265 aufgesetzt werden. Konkret bedeutet das die kommunale Ebene sich wieder stärker auf
266 ihre Kernkompetenzen im Bereich der Daseinsvorsorge zurückzubedenken und ihr Gestal-
267 tungspotenzial im Interesse der Bürgerinnen und Bürger insbesondere in Bereichen wie
268 Bildung, bürgerschaftliche Beteiligung, Sport, Kultur und Soziales und Umwelt zu stär-
269 ken. Auftragsangelegenheiten des Bundes sollten beispielsweise administrativ zentral
270 abgewickelt werden. Die Reduzierung von Komplexität bedeutet vor allem, dass die Auf-
271 gabenverschiebung zwischen den verschiedenen staatlichen und kommunalen Ebenen so
272 weit wie möglich beendet werden muss. Es ist ein Umdenken erforderlich, kommunale
273 Selbstverwaltung ist vor allem der „Service am Bürger, nicht der Service am Server“. Für
274 alle drei Ebenen sollte beim Digitalcheck von Rechtsnormen obligatorisch mit geprüft
275 werden, ob Prozesse mit KI automatisiert umgesetzt werden können.

276 **Die Forderungen im Einzelnen:**

277 **Kommunen:**

278 1. Mit dem Einsatz von KI in den Kommunen sollte eine neue Form von digitaler in-
279 terkommunaler Zusammenarbeit in Shared-Service-Centern (z.B. bei den IT-
280 Dienstleistern) begonnen werden. Das bedeutet sich zunächst selbst mit Fragen des KI-
281 Einsatzes zu befassen und sich vorab zu informieren. Es wäre ein großer Fehler, wenn der
282 Einsatz von KI lediglich die gegenwartsbezogenen Aufgabenstrukturen automatisieren
283 würden. Die schon jetzt vorhandene hohe Komplexität deutschen Verwaltungshandeln
284 würde in einem solchen Fall lediglich fortgeschrieben und zementiert. Die KI hat somit
285 eine Hebelwirkung hin zu einer reformorientierten und den Ansprüchen einer zukunfts-
286 orientierten gerecht werdenden Verwaltung.

287 2. In Kommunalverwaltungen sollten KI-Anwendungen zuerst eingesetzt werden,
288 um Effizienzsteigerungen, Verfahrensbeschleunigungen und Bürgerbeteiligungen zu op-
289 timieren.

290 3. Chatbots sollten in Bereichen eingesetzt werden, in denen das Frage- und Ant-
291 wortspektrum zu einem Thema sinnvoll abgegrenzt werden kann. Beispielsweise in den
292 Bereichen KFZ-Zulassung, Abfallwirtschaft, Beantragung von Ausweisen, Sozialen Hilfen
293 oder der Information zu geänderten Öffnungszeiten. Die Qualität eines Chatbots sollte
294 sich darin zeigen, wie gut er die Absicht der Fragen aus der Eingabe ableiten kann.

295 4. Kommunen wird empfohlen, KI-Systeme zuerst in den Bereichen einzusetzen, die
296 nach innen wirken und keinen Verwaltungsakt im Sinne des § 35a VwVfG auslösen. In
297 Anlehnung an § 35 a VwVfG haben einzelne Bundesländer eigene Regelungen für den
298 Einsatz von KI-Systemen erstellt. Beispielhaft sind hier die Regelungen in Schleswig-
299 Holstein.

300 5. Kommunen wird empfohlen, frühzeitig für den Aufbau digitaler Kompetenzen
301 Sorge zu tragen.

302 **Bund und Länder:**

303 6. Die Politik sollte ein innovationsoffenes KI-Umfeld schaffen. Um den Anschluss an
304 die internationalen Entwicklungen dieser Technologie nicht zu verlieren, sollten Bund
305 und Länder die KI prioritär behandeln. Notwendig ist ein regulatorischer Rahmen, der auf
306 Innovationen und Möglichkeiten ausgerichtet ist, KI sinnvoll in Verwaltungen einzuset-
307 zen. Zugleich ist eine von staatlicher Seite unterstützte Informationsoffensive notwen-
308 dig, die die Beherrschbarkeit, Erklärbarkeit und Transparenz beim KI-Einsatz sicherstellt,
309 aber auch einer „Mystifizierung“ entgegenwirkt.

310 7. Bund und Länder sollten ein dynamisches Verzeichnis über genutzte Algorithmen
311 aufbauen, auf das auch die Kommunen zugreifen können und in denen u.a. Trainingspro-
312 zesse offengelegt werden. Dazu sollte eine KI-Landkarte geschaffen werden.

313 8. Bund und Länder sollten eine KI-zugängliche Dateninfrastruktur schaffen, die Si-
314 los überwinden (Cloud-Computing).

315 9. Bund und Länder sollten die Erprobung von KI-Anwendungen ermöglichen.

316 10. Bund und Länder sollten ihre Datenschutzregeln so anpassen, dass sie auch den
317 Einsatz von KI mitumfassen.

318 11. Die Länder sollten KI-Kompetenzzentren mit Schwerpunktaufgaben aufbauen und
319 diese untereinander vernetzen. Die Kommunen sollten darauf zugreifen können.

320 **7 Sofortmaßnahmen**

321 Kommunen sollten beim Thema KI nicht abwarten, sondern aktiv handeln und die Tech-
322 nologie zum Wohle ihrer Bürgerschaft nutzen. Als Behörden müssen sie gleichwohl im
323 Rahmen rechtlicher Bestimmungen agieren, diese aber auch über ihre Eigenschaft als
324 Selbstverwaltungseinheiten gemeinsam mit den kommunalen Spitzenverbänden aktiv
325 mitgestalten bzw. konstruktive Gestaltung einfordern. Gemeinsam mit den Kommunalen
326 Spitzenverbänden, KI-Experten und Unternehmen sollten insbesondere für kleinere und
327 mittlere Kommunen im Rahmen einer Musterdatenstrategie ethische Richtlinien und
328 Standards für den verantwortungsvollen Einsatz von KI in der Verwaltung erarbeitet wer-
329 den.

330 Kommunen, in denen ein CDO, CIO oder ähnliche digitale Stabsstelle tätig ist, sollten
331 den Einsatz von KI proaktiv angehen. Das gilt insbesondere für die 73 Smart City Modell-
332 projekte des Bundes (MPSC).

333 Kleinere Kommunen sollten in ihren Ländern auf KI-Kompetenz-Center zugehen und von
334 dort Informationen erhalten. Notwendig ist Kompetenzaufbau bei den IT-
335 Dienstleistenden, die gerade für kleinere und mittlere Kommunen Wissen und Anwen-
336 dungen bereitstellen können.

337 Um Erfahrungen zu sammeln, sollten Kommunen im Bereich generativer KI mit folgenden
338 Maßnahmen beginnen:

- 339 • Automatisches Protokollieren von Besprechungen inklusive Aufgabenverfolgung
- 340 • Übersetzung von Behördendeutsch in einfache Sprache
- 341 • Aufbereitung von Entscheidungsgrundlagen, wie Zusammenfassungen von Do-
342 kumenten, die Erstellung von Anträgen/Auswertung und Zusammenfassung von
343 Expertisen auf den jeweiligen Sachverhalt bezogen
- 344 • Dialoge mit ChatGPT führen, um weitere Argumente oder Formulierungsvor-
345 schläge zu gewinnen
- 346 • KI zur Vorab-Prüfung von Anträgen einsetzen (kann später auf den gesamten Pro-
347 zess ausgedehnt werden)
- 348 • KI so weit wie möglich mit eigenen Daten trainieren